

Vorlage Stadtparlament

Datum 28. März 2017
Beschluss Nr. 336
Aktenplan 152.15 Stadtparlament: Parlamentarische Vorstösse

Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate 2017

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die nachstehenden parlamentarischen Vorstösse werden als erledigt abgeschrieben:
 1. Ergänzung der Bauordnung
2. Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:
 2. Wildnispark Goldacher Tobel: um ein Jahr
 6. Museumskonzept „3 Museen – 3 Häuser“: um vier Jahre
 9. Baukultur: Innovation ohne Reue: um zwei Jahre
 10. Braucht St.Gallen vier Spitex-Organisationen?: um ein halbes Jahr
 12. Existenziell notwendige und nachhaltige Energieversorgung der Stadt: um ein halbes Jahr
 14. Einführung Integrierter Aufgaben- und Finanzplan: bis Ende 2020
 16. Überprüfung der Gebührentarife sämtlicher städtischen Betreuungsangebote, sowohl im Vorschul- als auch im Schulalter: um acht Monate
 17. Energetische Sanierungsstrategie für städtische Liegenschaften: um ein Jahr
 19. Waaghaus und Taubenloch fürs Volk!: um zwei Jahre
 22. Günstigen Wohnraum erhalten und neu schaffen!: um ein Jahr

a) Motionen

1 Ergänzung der Bauordnung

erheblich erklärt am 21. Februar 2012; Fälligkeit 30. Juni 2018

Der Stadtrat wird beauftragt, den Entwurf für eine Bauordnungsrevision vorzulegen mit dem Ziel, Massnahmen zur Energieeffizienz und zur Energieerzeugung bei Neubauten, Umbauten und Sanierungen verstärkt zu ermöglichen und zu fördern. Zu berücksichtigen sind dabei berechnete nachbarliche Interessen, der Schutz des Altstadt- und Ortsbildes, eine gute gestalterische Einfügung sowie die übergeordnete Gesetzgebung.

Stellungnahme:

In der Aprilsession 2016 hat der Kantonsrat das neue Planungs- und Baugesetz (PBG) verabschiedet. Die Regierung hat den Vollzugsbeginn auf den 1. Oktober 2017 festgesetzt. Das PBG enthält im Vergleich zum geltenden Baugesetz mehrere Erleichterungen im Energiebereich. So wird die Unterschreitung des Grenzabstands aufgrund einer nachträglichen Wärmedämmung von Aussenwänden und Dach in Art. 108 Abs. 3 des neuen PBG explizit als möglicher Grund für den Erlass einer Ausnahmegewilligung aufgeführt. Auch ist das Anbringen einer Wärme- und Schalldämmung bei bestehenden Bauten und Anlagen nach Art. 109 Abs. 2 PBG gestützt auf die Bestandesgarantie zulässig. Zusätzlich kann die Gemeinde neu gestützt auf Art. 167 PBG in Sondernutzungsplänen für umgrenzte Gebiete den Anschluss von Bauten und Anlagen an Energieanlagen vorschreiben und bei der Neuüberbauung umgrenzter Gebiete im Sondernutzungsplan die Errichtung gemeinsamer Energieanlagen vorschreiben. Alle diese erwähnten Bestimmungen sind ab dem 1. Oktober 2017 unmittelbar anwendbar und benötigen keine Umsetzung im kommunalen Recht. Da im Jahr 2012 durch das angepasste eidgenössische Raumplanungsgesetz (RPG) auch für Solaranlagen ein vereinfachtes Melde- anstatt Baubewilligungsverfahren eingeführt wurde, sind die ursprünglich dieser Motion zu Grunde liegenden Erleichterungen im übergeordneten Recht umgesetzt worden. Für die Gemeinden besteht deshalb zum einen wenig Spielraum, zum anderen aber auch kein wesentlicher Bedarf für eigene rechtliche Instrumente im Energiebereich.

Aufgrund des neuen PBG sind sämtliche Gemeinden angehalten, ihre Bauordnung und den Zonenplan innerhalb der nächsten zehn Jahre anzupassen. Ob und inwieweit zu den neuen übergeordneten Regelungen noch Raum für kommunale Lösungen bleibt, ist im Rahmen der anstehenden Überarbeitung von Zonenplan und Bauordnung zu prüfen. Zu denken ist in erster Linie an die Massnahmen aus dem Energiekonzept 2050. Eine separate und vorgezogene Teilrevision im Sinne der Motion ist aber weder zweckmässig noch notwendig, da die wesentlichen Zielsetzungen wie erwähnt bereits auf übergeordneter Ebene umgesetzt wurden und direkt anwendbar sind.

Antrag:

Es wird beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

b) Postulate

2 Wildnispark Goldacher Tobel

erheblich erklärt am 4. April 2000; Fälligkeit 5. Juli 2017

Der Stadtrat wird eingeladen, in Koordination mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton eine Schutzverordnung zu erarbeiten.

Stellungnahme:

Nachdem sich herausgestellt hatte, dass sich eine gemeindeübergreifende Schutzverordnung aufgrund der Einsprachesituation und der generell unterschiedlichen Interessen innerhalb der Gemeinden nur schwer umsetzen lässt, hat der Stadtrat mit Beschluss vom 14. Oktober 2016 das Verfahren für eine Schutzverordnung beschränkt auf das Stadtgebiet eingeleitet. Inhaltlich wurden die wesentlichen Zielsetzungen der bereits aufgelegten Schutzverordnung übernommen. Der Aufbau und gewisse Formulierungen wurden aber angepasst und an eine bereits rechtskräftige Schutzverordnung in der Stadt angelehnt. Die in den Einsprachen vorgebrachten Einwände wurden in der neuen Schutzverordnung so gut wie möglich berücksichtigt. Während der im vergangenen Dezember durchgeführten öffentlichen Auflage sind wiederum 16 Einsprachen gegen die Schutzverordnung eingereicht worden. Mehrere Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sind weiterhin nicht bereit, allfällige Nutzungseinschränkungen durch die Schutzverordnung hinzunehmen. Für andere Einsprecherinnen oder Einsprecher geht der Schutz des Goldachtobels hingegen zu wenig weit. Gegenwärtig werden die Einsprachen verwaltungsintern geprüft. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt lässt sich aber festhalten, dass einzelne Einsprachen einer vertieften Überprüfung bedürfen. Aus diesem Grund kann die Schutzverordnung dem Stadtparlament nicht bis im Sommer 2017 vorgelegt werden.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.

3 Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz

erheblich erklärt am 23. September 2008; Fälligkeit 30. Juni 2018

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie sich der Platz um den Broderbrunnen attraktiver gestalten lässt. Besonderes Augenmerk soll dabei auf mehr Grünfläche und eine sickerfähige Bodenbeschaffenheit gelegt werden.

Stellungnahme:

Das Platzprojekt Broderbrunnen wird inhaltlich mit der Aufwertung und Neugestaltung der St. Leonhard-Strasse abgestimmt und terminlich koordiniert. Mit der Umgestaltung des Bahnhofplatzes und den damit verbundenen verkehrlichen Veränderungen auf der St. Leonhard-Strasse ist der Strassenzug ausführlich untersucht worden. Die Machbarkeitsstudie des Betriebs- und Gestaltungskonzepts (BGK) liegt seit dem Herbst 2016 vor. Es gliedert die St. Leonhard-Strasse in drei Abschnitte. Die Unterteilung in die Abschnitte West (Geltenwilenstrasse – Gäbrisstrasse), Zentrum (Gäbrisstrasse bis Schützengasse) und Ost (Schützengasse bis Schibenertor) erfolgte einerseits wegen der sehr unterschiedlichen Bedürfnisse hinsichtlich Verkehr und Gestaltung, andererseits wegen der unterschiedlichen zeitlichen Dringlichkeit der baulichen Umsetzung. Der Abschnitt West kennzeichnet sich durch eine durchgehende separate Busspur in Richtung stadtauswärts. Fussgängerübergänge sowie die Abgrenzungen zum St. Leonhards-Pärkli und zum Areal des Güterbahnhofs sind weitere bestimmende Einflussgrössen. Der Abschnitt Zentrum konzentriert sich um die bestmögliche Aufteilung der vorhandenen Verkehrsräume und die ideale Anbindung der Fussgängerinnen und Fussgänger an den Bahnhof. Im Abschnitt Ost ergeben sich durch die nicht mehr notwendige Busspur zwischen Schibenertor und Broderbrunnen zusätzliche Flächen für den Fuss- und Veloverkehr sowie in geringem Mass für die Gestaltung des Platzes beim Broderbrunnen.

Mit den vorgenannten Ansätzen ergeben sich Chancen, die wichtige Strassenachse der St. Leonhard-Strasse inklusive des Broderbrunnens aufzuwerten. Die geänderten funktionalen Bezüge des Fuss- und Veloverkehrs sollen genauso berücksichtigt werden wie die Interessen des öffentlichen Verkehrs und des motorisierten Individualverkehrs. Auf der Basis des erarbeiteten Betriebs- und Gestaltungskonzept sollen abschnittsweise und nach Priorität Bauprojekte erar-

beitet und etappenweise umgesetzt werden. Im östlichen Abschnitt zwischen der Schützengasse und dem Schibenertor wird die Gestaltung des Broderbrunnens ein wichtiger Bestandteil sein. Die entsprechende Vorlage wird dem Stadtparlament voraussichtlich in der ersten Hälfte des Jahres 2018 unterbreitet.

Antrag:

-

4 Überprüfung Sondernutzungspläne

erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 5. Juli 2018

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, inwieweit die vor 1980 erlassenen Sondernutzungspläne noch gerechtfertigt sind oder aber geändert oder aufgehoben werden sollen. Zu prüfen ist im Besonderen, ob die Sondernutzungspläne tatsächlich realisiert worden sind und das Ausmass der Abweichungen von der Regelbauweise nach gültiger Bauordnung, das zugrundeliegende städtebauliche oder architektonische Konzept oder andere Planinhalte (z.B. bezüglich Erschliessung) nach wie vor eine besondere Regelung erfordern. Andernfalls sollte der Plan aufgehoben oder an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

Stellungnahme:

Eine Vorprüfung der rund 300 betroffenen Sondernutzungspläne konnte Ende 2015 abgeschlossen werden. Aufgrund dieser Vorprüfung steht bereits fest, dass ein grosser Teil dieser Sondernutzungspläne nicht aufgehoben werden kann. Rund 20 Sondernutzungspläne müssen detailliert geprüft werden; ihre Beurteilung ist derzeit im Gange. Es wird damit gerechnet, dass diese Arbeiten innert Frist abgeschlossen werden können.

Antrag:

-

5 Ein Beitrag zur kombinierten Mobilität: Ein zeitgemässes Veloverleihsystem, auch in St.Gallen

erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 5. Juli 2018

Der Stadtrat wird eingeladen, abzuklären, welche der sich in anderen Städten bewährenden Veloverleihmodelle (allenfalls modifiziert) für St.Galler Verhältnisse am vielversprechendsten erscheinen, und einen modularen Realisierungsvorschlag mit Etappierungsvarianten zu erarbeiten.

Stellungnahme:

Die Auslegeordnung möglicher Veloverleihsysteme wird unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Städte in diesem Jahr abgeschlossen. Die bisherigen Abklärungen zeigen, dass derzeit schweizweit kein einheitliches System im Einsatz ist und dass Verleihsysteme erhebliche ungedeckte Kosten nach sich ziehen. Städte, die solche Systeme betreiben, versuchen die finanziellen Defizite anstelle eines Subventionsausgleichs der öffentlichen Hand mittels Beiträgen von Sponsoren zu senken. Aus heutiger Sicht kann das Postulat innert Frist beantwortet werden.

Antrag

-

6 Museumskonzept „3 Museen – 3 Häuser“

erheblich erklärt am 16. Februar 2010; Fälligkeit 5. Juli 2018

Wir bitten den Stadtrat, ein Museumskonzept als Grundlage für weitere politische Entscheidungen zu erarbeiten, welches die folgenden Punkte mit einbezieht:

Wie sollen sich die Museen in Zukunft positionieren und wie sehen die Betriebskonzepte aus - mit klaren inhaltlichen Aussagen?

Mit welchen Investitionen rechnet der Stadtrat für den Neubau des Naturmuseums und den Umbau der drei bestehenden Häuser Kunklerbau, Völkerkundemuseum und Kirchhoferhaus? Mit welchen Folgekosten für Unterhalt, Reparaturen und Hauswartkosten ist zu rechnen nach Realisierung sämtlicher Investitionen für die drei Häuser?

Welche finanziellen Mittel müssen in Zukunft für den Betrieb der Museen, die Pflege der Sammlungen und für zeitgemässe Ausstellungen für alle drei Häuser zusammen aufgewendet werden - inkl. finanzieller Verflechtungen zwischen Stiftung und Kunstverein (konsolidierte Darstellung)? Mit welchen zusätzlichen Personalkosten ist zu rechnen?

Welche Strategie würde der Stadtrat verfolgen, sollten die Kosten die finanziellen Möglichkeiten der Stadt überschreiten?

Stellungnahme:

Die Strategie „3 Museen – 3 Häuser“ sieht einen Neubau für das Naturmuseum beim Botanischen Garten, den Umbau des Kunklerbaus sowie die Sanierung des Kirchhoferhauses zur alleinigen Nutzung durch das Kunstmuseum und die Sanierung des Historischen und Völkerkundemuseums vor.

Die Sanierung des Historischen und Völkerkundemuseums ist abgeschlossen. Der Neubau des Naturmuseums wurde im November 2016 eröffnet. Das Projekt Umbau Kunstmuseum befindet sich in einer Vorplanungsphase, es können deshalb keine präzisen Zahlen genannt werden. Im Rahmen der Vorlage „Subventionserhöhungen für das Naturmuseum und das Kunstmuseum für 2016 ff.“ wurde der Stand Sommer 2015 aller drei Museen dargelegt. Die Investitions- und Betriebskosten für das „neue“ Kunstmuseum können erst im Rahmen der Projektierung des Umbaus des Kunstmuseums und der Erneuerung des Kirchhoferhauses präzisiert werden. Die aktuelle Investitionsplanung des Hochbauamts sieht die Projektierung der Erneuerung des Kunstmuseums in den Jahren 2019 bis 2020 vor. Der Projektierungskredit wird dem Parlament voraussichtlich im Jahre 2019 vorgelegt. Es ist vorgesehen, das Postulat zusammen mit dem Baukredit Umbau Kunstmuseum und Erneuerung Kirchhoferhaus abzuschreiben.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 4 Jahre zu verlängern.

7 Mehr Grün für alle: Separate Lichtsignale für VelofahrerInnen?

erheblich erklärt am 14. Juni 2011; Fälligkeit 30. Juni 2017

Der Stadtrat wird eingeladen, eine Optimierung des Systems von Velo-Lichtsignalanlagen für Knoten im Innenstadtbereich (Leonhardsbrücke bis Brühltor) sowie an den verkehrsreichen Hauptachsen (Zürcher Strasse, Fürstenlandstrasse, Rorschacher Strasse und Langgasse) hinsichtlich einer markant erhöhten Sicherheit und verkürzten Fahrzeit zu prüfen und Bericht zu erstatten.

Stellungnahme:

Seit der Erheblicherklärung des Postulats im Jahre 2011 wurden für die Velofahrenden an unterschiedlichsten Knoten mit Lichtsignalanlagen Massnahmen und Verbesserungen vorgenommen und realisiert. Die Lichtsignalanlagen unterstehen einer laufenden Überprüfung und Optimierung. Die Stadt und der Kanton berücksichtigen je nach Zuständigkeit an sämtlichen Knoten die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer. Mittlerweile liegen die Grundlagen für die Beantwortung des Postulats vor, sodass es innert Frist beantwortet werden kann.

Antrag:

-

8 Historische Klostermauern: Durchblickendes St.Gallen
erheblich erklärt am 21. Februar 2012; Fälligkeit 23. August 2018

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und wie die historischen Funde auf dem Gallusplatz offengelegt und durch bauliche und beleuchtungstechnische Massnahmen ansprechend in das Altstadtbild eingebettet werden können, so dass einerseits ein städtebaulicher Mehrwert entsteht, andererseits aber auch die Bedeutung der Ausgrabungen und die damit verbundenen Erkenntnisse den Besucherinnen und Besuchern des Klostersviertels nähergebracht werden können.

Stellungnahme:

Das Stadtparlament hat an der Sitzung vom 23. August 2016 das Postulat „Historische Klostermauern: Durchblickendes St.Gallen“ nicht abgeschrieben. Die DBP hat im vergangenen Herbst zusammen mit der Kantonsarchäologie Abklärungen getroffen, ob und wie die historischen Funde auf dem Gallusplatz offengelegt werden können. Die Vorlage an das Stadtparlament wird für die Sitzung vom 2. Mai 2017 zugestellt.

Antrag:

-

9 Baukultur: Innovation ohne Reue
erheblich erklärt am 21. Mai 2013; Fälligkeit 5. Juli 2017

Der Stadtrat wird ersucht, dem Stadtparlament einen Bericht über die städtische Denkmalpflege und deren Position innerhalb einer vorausschauenden, ganzheitlichen Stadtplanung (Strategie, Ziele, Verfahren, Möglichkeiten, Sanktionen) vorzulegen und gegebenenfalls Antrag zu stellen.

Stellungnahme:

Im Bereich der Denkmalpflege befindet sich im Kanton St.Gallen vieles im Umbruch. Der Kanton hat per 1. Januar 2016 eine Verordnung erlassen, welche die Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden betreffend Beitragsleistungen an die Renovation von Schutzobjekten neu regelt. Am 1. Oktober 2017 tritt das neue Planungs- und Baugesetz in Kraft, welches neue Regelungen zum Schutz von Kultur- und Naturobjekten sowie zusätzliche Bestimmungen über die Archäologie umfasst. Zudem wird der Kantonsrat in Kürze über eine Überarbeitung des Kulturförderungsgesetzes und ein neues Kulturerbe-gesetz befinden. Beide Gesetze weisen zahlreiche Schnittstellen zum neuen Planungs- und Baugesetz auf. Da der Kanton seit dem 1. Januar 2016 vollumfänglich für die Beiträge an die Renovation von Schutzobjekten von nationaler und kantonaler Bedeutung aufkommt, könnte in Zukunft neben der städtischen auch die kantonale Denkmalpflege auf dem Stadtgebiet auftreten, was unter

Umständen zu umständlichen Entscheidungsprozessen führen könnte. Aus diesem Grund haben das Stadtplanungsamt und das Amt für Kultur des Kantons für das Jahr 2016 eine Zusammenarbeitsvereinbarung abgeschlossen, wonach bis zur definitiven Aufgabenzuordnung weiterhin die städtische Denkmalpflege für sämtliche Schutzobjekte zuständig bleibt, obwohl die Beiträge für die Objekte von nationaler und kantonaler Bedeutung vollumfänglich durch den Kanton geleistet werden. Diese Vereinbarung wurde nochmals bis Ende September 2017 verlängert. Der Stadtrat setzt sich dafür ein, dass die städtische Denkmalpflege auch langfristig für die Sicherstellung des Schutzes und den Erhalt von sämtlichen Schutzobjekten in der Stadt zuständig bleibt. Inwieweit und unter welchen Bedingungen der Kanton bereit ist, die Betreuung der Objekte von nationaler und kantonaler Bedeutung an die Stadt zu delegieren, ist Gegenstand aktueller Verhandlungen.

Aufgrund des neuen Planungs- und Baugesetzes müssen sämtliche Gemeinden in ihren Schutzzinventaren die Objekte einer Schutzkategorie (nationaler, kantonaler oder lokaler Bedeutung) zuweisen. Diese Zuweisung, welche einer Bewilligung durch den Kanton bedarf, ist entscheidend für die zu erwartenden Kosten für Beiträge zur Renovation von Schutzobjekten. Die städtische Denkmalpflege ist gegenwärtig daran, die im Inventar aufgeführten Objekte einer Schutzkategorie zuzuweisen.

Die im Postulat gestellten Fragen bezüglich Einbezug der städtischen Denkmalpflege in städtebauliche Entwicklungsprozesse oder der Installierung einer Denkmalpflege-Expertenkommission stehen in einem engen Zusammenhang mit der Aufgabenteilung zwischen Stadt und Kanton. Solange auch die Bestimmungen des Kulturförderungs- resp. des Kulturerbesgesetzes nicht bekannt sind, macht es keinen Sinn, das Postulat zu beantworten.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist um zwei Jahre zu verlängern.

10 Braucht St.Gallen vier Spitex-Organisationen?

erheblich erklärt am 21. Mai 2013; 5. Juli 2017

Der Stadtrat wird ersucht, aus den genannten qualitativen und finanziellen Überlegungen dem Parlament in einem Bericht darzulegen, wie er die Zukunft der vier städtischen Spitex-Organisationen beurteilt und allenfalls einen Vorschlag für die Organisation in Form einer einzigen „Spitex St.Gallen“ zu unterbreiten.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung. Er wird voraussichtlich im zweiten Semester 2017 dem Stadtparlament vorgelegt.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist um ein halbes Jahr zu verlängern.

11 Ruckhalde ein Ort für autoarmes Wohnen

erheblich erklärt am 24. September 2013; Fälligkeit 5. Juli 2018)

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie im Rahmen eines Sondernutzungsplanes (Überbauungs- oder Gestaltungsplan) für das Gebiet Ruckhalden eine Wohnüberbauung nach den Grundsätzen des autoarmen Wohnens realisiert werden kann.

Stellungnahme:

Im Jahr 2015 hat das Stadtplanungsamt die planerischen Rahmenbedingungen zusammengetragen sowie eine erste Vorstudie zur Arealentwicklung Ruckhalde in Auftrag gegeben und zusammen mit dem Tiefbauamt begleitet. Der Perimeter umfasste neben dem unbebauten Gebiet auch das im städtischen Richtplan vorgesehene Einzonungsareal zwischen der Bahnlinie und der Bebauung entlang der Hochwachtstrasse. Dieses Gelände befindet sich heute teilweise im Besitz der Appenzeller Bahnen oder von Privaten. Im Vordergrund der Studie standen die Prüfung der generellen Erschliessungsmöglichkeiten für alle Verkehrsträger (ÖV, LV, MIV) sowie der Umgang mit dem voraussichtlich ab Ende 2018 nicht mehr genutzten Bahntrasse. Die Ergebnisse zeigten u.a., dass die Linienführung des künftig nicht mehr genutzten Bahntrasses im Hinblick auf die Bebaubarkeit eine wenig optimale Erschliessungslösung darstellt, weshalb das Trasse nach dessen Bahnnutzung lediglich vorübergehend als Provisorium für eine Langsamverkehrsverbindung erstellt werden soll.

Das Plangenehmigungsverfahren der Appenzeller Bahnen für Änderungen am Tunnelportal und an den Technikräumen konnte nach der Einspracheerledigung im Jahr 2016 erfolgreich abgeschlossen werden. Vor einem Start einer weitergehenden Planung sollen zunächst Gespräche und Verhandlungen mit diversen Eigentümerinnen und Eigentümern im Plangebiet Ruckhalden geführt werden.

Das Stadtplanungsamt konnte aus Ressourcengründen für diese Planung bisher aber keine prioritäre Bearbeitung vornehmen. Es wird angestrebt, dass die Arealentwicklung im Laufe des Jahres 2017 in Angriff genommen wird und die grundlegenden Weichenstellungen wie eine Prüfung der Eignung für autoarmes Wohnen danach geklärt werden können. Die Beantwortung des Postulats innert Frist 5. Juli 2018 scheint möglich.

Antrag:

-

12 Existenziell notwendige und nachhaltige Energieversorgung der Stadt

erheblich erklärt am 24. September 2013; Fälligkeit 5. Juli 2017

Wir bitten den Stadtrat zu prüfen und Bericht zu erstatten:

- Wie hoch die existenziell notwendige Energiemenge auf Gemeindegebiet ist;
- unter welchen Szenarien heute die existenziell notwendige Energieversorgung nicht sichergestellt ist;

und Antrag zu stellen, ob und welche Massnahmen zu ergreifen sind.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament im zweiten Semester 2017 vorgelegt.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist um ein halbes Jahr zu verlängern.

13 Platz schaffen für ein lebendiges St. Leonhard

erheblich erklärt am 11. Februar 2014; Fälligkeit 5. Juli 2018

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen und Bericht darüber zu erstatten, ob in Zusammenhang mit dem Vorhaben „Engpassbeseitigung A1“ Varianten möglich sind, welche auch folgenden Anliegen Rechnung tragen:

1. MiV, öV und LV im Raum Kreuzbleiche/St.Leonhard sollen entkoppelt werden mittels Ver-

- lagerung der gleisquerenden MiV-Hauptströme unter den Boden.
2. Der Betrachtungsperimeter darf nicht ausschliesslich autobahnfokussiert sein: Räumliche oder zeitliche Verlagerung von heutigen Engpässen ist zu vermeiden. Zentral dafür dürften die verkehrlich und städtebaulich optimale Anordnung der Ein- und Ausfahrten der unterirdische(n) MiV-Drehscheibe(n) sein sowie die flankierenden Begleitmassnahmen auf dem nachgeordneten Netz.
 3. Frei gespielte Oberflächen sollen neu gestaltet werden: Einerseits für den öV und LV (entsprechend dem Auftrag im Verkehrsreglement) und andererseits zur Schaffung möglichst hoher Aufenthalts- und Lebensqualität in den angrenzenden Quartieren. Das Entwicklungspotential der Räume um Lagerhäuser und Lokremise/Rosenbergstrasse einerseits sowie Kreuzbleiche und Güterbahnhof andererseits soll optimal profitieren vom Wegfallen der Trennwirkung oberirdischer MiV-Ströme.
 4. Proaktive Suche nach weitest möglicher Kosteneffizienz und Synergienutzung zwischen der laufenden Bundesplanung und den städtischen Entwicklungsvorstellungen, wie sie beispielsweise im Mobilitätskonzept erarbeitet werden.

Stellungnahme:

Die Resultate der extern in Auftrag gegebenen Studie zur Auslotung des Potentials für eine Aufwertung und Neugestaltung des Bereichs St.Leonhard / Kreuzbleiche sowie ein Entwurf zur Beantwortung des Postulats liegen vor. Das Spektrum der Variantenvorschläge ist breit und reicht von einem vollständig unterirdischen Kreisel bis zur räumlich besten Variante für den Städtebau und den Langsamverkehr. Die Beantwortung des Postulats erfolgt noch in diesem Jahr.

Antrag:

-

14 Einführung Integrierter Aufgaben- und Finanzplan
erheblich erklärt am 11. März 2014; Fälligkeit 5. Juli 2018

Der Stadtrat wird beauftragt, die Einführung eines integrierten Aufgaben- und Finanzplans zu prüfen und entsprechend Antrag zu stellen.

Stellungnahme:

Mit dem integrierten Aufgaben- und Finanzplan IAFP werden Aufgaben und Finanzen verknüpft, um ein stärkeres Bewusstsein für strategische Entwicklungen in einem Gemeinwesen entstehen zu lassen. Pro Aufgabe wird analysiert, wie sich Umfang und Qualität der erwarteten Leistungen in den kommenden Jahren (Periode wird vorgängig definiert, normalerweise 3 bis 5 Jahre) voraussichtlich verändern werden. Grundvoraussetzung ist neben den Grundsatzentscheiden der politischen Führung sowie der Verwaltungsführung auch die genaue Definition sämtlicher Aufgabenbereiche pro Dienststelle der Stadt, welche die Basis bilden für eine Kostenstellenstruktur. Unser 20jähriges System (VRSG) bietet dafür keine Entwicklung mehr. Bis der Rechtsstreit zwischen Gemeinden und Abacus nicht geklärt ist, kann kein neues ERP eingeführt werden, was aber Voraussetzung für die effiziente Gestaltung und das Handling eines IAFP wäre. Die Vorbereitungen für die Einführung einer Kostenrechnung sind im Gang.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats bis Ende 2020 zu verlängern.

15 Für eine vernünftige Cannabispolitik – Abgabe in St.Gallen?

erheblich erklärt am 18. November 2014; Fälligkeit 18. November 2016

Die Unterzeichnenden bitten den Stadtrat, Bericht zu erstatten und eventuell Antrag zu stellen, wie und ob sich die Stadt St.Gallen an einem wissenschaftlichen begleiteten Pilotprojekt zur straffreien Abgabe von Cannabis, wie er in den genannten Städten geplant ist, beteiligen könnte.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung. Er wird voraussichtlich noch vor den Sommerferien 2017 dem Stadtparlament vorgelegt.

Antrag:

-

16 Überprüfung der Gebührentarife sämtlicher städtischen Betreuungsangebote, sowohl im Vorschul- als auch im Schulalter

erheblich erklärt am 19. Mai 2015; Fälligkeit 19. Mai 2017

Ich bitte den Stadtrat Bericht zu erstatten, wie er die Tarife der gesamten Kinderbetreuung anpassen will, dass Ganztagesbetreuungskosten für Kinder aller Altersklassen etwa in gleicher Höhe anfallen.

Insbesondere bitte ich den Stadtrat zu prüfen, wie die Tarife der FSA+ so ausgestaltet werden können, dass der weitere Ausbau der familienergänzenden Betreuungsangebote kostenneutral gegenüber den heutigen Ausgaben verwirklichen lässt.

Zudem soll überprüft werden, welche Massnahmen getroffen werden können, um den privaten Anbietern von nicht subventionierten Krippenplätzen die Weiterführung ihrer Betreuungsangebote zu ermöglichen.

Stellungnahme:

Am 12. Januar 2016 erklärte das Stadtparlament ein Postulat für erheblich, welches Betreuungsgutscheine für Krippenplätze und Tagesfamilien (DSSI) zum Gegenstand hat (Nr. 20 dieser Vorlage). Dieses ist fällig am 12. Januar 2018. Der Stadtrat wird darin gebeten, einen Systemwechsel von subventionierten Krippenplätzen zu Betreuungsgutscheinen für ausserfamiliäre Betreuungsangebote (Kinderkrippen, Tagesfamilien etc.) zu prüfen und allenfalls Antrag zu stellen zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Betreuungsgutscheine in der Stadt St.Gallen.

Zwischen den beiden genannten und derzeit anhängigen Postulaten, welche Fragen zur Finanzierung der städtischen Betreuungseinrichtungen zum Gegenstand haben, bestehen Querbezüge und Abhängigkeiten. Aus diesem Grund sollen dem Stadtparlament die beiden Vorlagen gleichzeitig unterbreitet werden.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um acht Monate zu verlängern.

17 Energetische Sanierungsstrategie für städtische Liegenschaften

erheblich erklärt am 19. Mai 2015; Fälligkeit 19. Mai 2017

Der Stadtrat sei daher ersucht, Bericht zu erstatten über eine systematische, nicht nur ökologisch, sondern auch zu verantwortende energetische Sanierung der städtischen Liegenschaften (evtl. im Rahmen einer definierten „energetischen Sanierungsstrategie“ laut Energiekonzept3 2050 und evtl. mittels eines entsprechenden Rahmenkredits) und gegeben falls Antrag zu stellen.

Stellungnahme:

Die Stadt verfügt über eine beträchtliche Zahl unterschiedlichster Liegenschaften im Finanz- und Verwaltungsvermögen. Sie werden alle nach energetischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zielen und Grundsätzen der Stadt St.Gallen betrieben, unterhalten und erneuert. In der bisherigen Praxis wurde stets darauf geachtet, dass die unterschiedlichsten Anforderungen an die städtischen Liegenschaften ausgewogen berücksichtigt werden. Hier bietet nun das Netzwerk Nachhaltiges Bauen Schweiz (NNBS) mit dem Standard Nachhaltiges Bauen; Schweiz (SNBS) ein hilfreiches Instrument, das mittels eines normierten Verfahrens die integrale Beurteilung eines Gebäudes in seinem Gesamtkontext gewährleisten kann. Es ist der erste umfassende und zertifizierungsfähige Standard für nachhaltiges Bauen in der Schweiz und es handelt sich um ein Gemeinschaftswerk der privaten und öffentlichen Hand. Der Standard konsolidiert die Anliegen an das nachhaltige Bauen aus unterschiedlichen Schweizer Initiativen und Instrumenten und führt sie zu einem neuen Ganzen zusammen. Dabei werden die drei Bereiche Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt mittels Indikatoren bewertet. So können Gebäude und Liegenschaften auf ihre Qualitäten und Defizite hin untersucht, beurteilt und schliesslich ein zielgerichtetes und tragfähiges Projekt ausgearbeitet werden. Nach wie vor bildet das Energiekonzept 2050 die energiepolitische Grundlage – ein Bekenntnis, das mit dem SNBS eingelöst werden kann.

In Zusammenarbeit zwischen dem Liegenschaftensamt, dem Hochbauamt und dem Amt für Umwelt und Energie werden der Gebäudepark untersucht, das für die Stadt St. Gallen sachdienliche Vorgehen ausgearbeitet und entsprechende Grundsätze definiert.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.

18 Transparenz der finanziellen Auswirkungen bei Vorlagen

erheblich erklärt am 24. November 2015; Fälligkeit 24. November 2017

Wir ersuchen den Stadtrat, Massnahmen aufzuzeigen, wie bei jeder Parlamentsvorlage die finanziellen Auswirkungen dargelegt werden können, sodass sich das Parlament darüber ein Bild machen kann, wenn es seine Entscheide fällt. Insbesondere soll in Abhängigkeit der einschlägigen Vorgaben (z.B. Abschreibungstabellen) der jährliche Abschreibungsbedarf sowie die jährlich wiederkehrenden Kosten über die nächsten 20 Jahre tabellarisch präsentiert werden.

Stellungnahme:

Das Postulat kann termingerecht beantwortet werden.

Antrag:

-

19 Waaghaus und Taubenloch fürs Volk!

erheblich erklärt am 12. Januar 2016; Fälligkeit 12. Januar 2018

Wir laden den Stadtrat ein, zu prüfen, welche Möglichkeiten in baulicher, finanzieller und zeitlicher Hinsicht bestehen

1. das Erdgeschoss des Waaghauses im Sinne eines ständigen Marktes zu nutzen,
2. den Rest des Waaghauses einer nach Möglichkeit privat organisierten gastronomischen, kulturellen oder sonstigen Nutzung zuzuführen und
3. das Taubenloch im Rahmen anstehenden Umgestaltung / Sanierung des Marktplatzes baulich so zu verändern, dass es neu insbesondere für Veranstaltungen genutzt werden könnte, welche bislang im Waaghaus stattfanden.

Stellungnahme:

Mit der einstimmigen Zustimmung zur Vorlage „Sanierung des Waaghauses; Behebung der dringendsten Mängel; Verpflichtungskredit“ wurde dem Hochbauamt der Auftrag erteilt, das Waaghaus für die kommenden zehn Jahre zu ertüchtigen. Damit wird gewährleistet, dass das Waaghaus in den Betrachtungsbereich des Projekts zur Neugestaltung des Marktplatzes miteinbezogen werden kann. Das fordert auch das Postulat. Mit einer kleinen Sanierung im Rahmen des baulichen Unterhalts werden die dringendsten Mängel behoben. Die Zukunft des Waaghauses wird damit nicht verbaut und der Betrieb ist gesichert.

Der Stadtrat bewilligte zur Durchführung eines partizipativen Verfahrens „Forum Marktplatz“ für die Neugestaltung des Marktplatzes, Bohl und Blumenmarktes einen Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 120'000. Bedingt durch die beiden abgelehnten Volksabstimmungen wurde ein neues Vorgehen ausgewählt, welches Anspruchsgruppen, Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sowie Bürgerinnen und Bürger in die Erarbeitung der Rahmenbedingungen und Ziele für den künftigen Marktplatz einbindet. Im Rahmen des partizipativen Verfahrens „Forum Marktplatz“ sollen auch Vorstellungen betreffend die künftigen Nutzungen von Waaghaus und Taubenloch diskutiert werden. Grundsätzlich ist das Verfahren möglichst offen bzw. ohne Einschränkungen gestartet. Entsprechend hat der Stadtrat für den Prozess nur zwei Rahmenbedingungen vorgegeben, nämlich die erforderliche Sanierung des Platzes an sich und die Erschliessung des Platzes durch den öffentlichen Verkehr.

Der Ablauf der Forumsarbeit gliedert sich in folgende Schritte: Als erstes wurden die Grundlagen mittels einer Online-Umfrage erhoben und damit die Positionen der Parteien und Organisationen abgeholt und ausgewertet. Als zweiter Schritt folgte am 25. Januar 2017 das erste Forum. Dabei diskutierten die Teilnehmenden die Ansprüche an eine Neugestaltung von Marktplatz, Bohl und Blumenmarkt. Die Ergebnisse der Diskussion bilden die Basis für das zweite Forum im April 2017. Die Resultate aus dem Forum I werden dann überprüft und konzentriert und als Empfehlung an den Stadtrat formuliert. Der Stadtrat wird anschliessend über das weitere Vorgehen entscheiden. In einem dritten Forum soll der erarbeitete Zwischenstand den Forumsteilnehmenden präsentiert werden.

Ob das Verfahren zu einer Anpassung des bestehenden Projekts Neugestaltung Marktplatz oder zu einem Neustart führen wird und welche Ziele für das Waaghaus und das Taubenloch angestrebt werden, ist offen. Eine Beantwortung des Postulats ist derzeit nicht möglich.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um zwei Jahre zu verlängern.

20 Betreuungsgutscheine für Krippenplätze und Tagesfamilien

erheblich erklärt am 12. Januar 2016; Fälligkeit 12. Januar 2018

Der Stadtrat wird gebeten, einen Systemwechsel von subventionierten Krippenplätzen zu Betreuungsgutscheinen für ausserfamiliäre Betreuungsangebote (Kinderkrippen, Tagesfamilien etc.) zu prüfen und allenfalls Antrag zu stellen zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für Betreuungsgutscheine in der Stadt St. Gallen.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

Antrag:

-

21 Investiert die städtische Pensionskasse in fossile Energien?

erheblich erklärt am 23. Februar 2016, Fälligkeit 23. Februar 2018

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Stadtrat, über die folgenden Fragen Bericht zu erstatten:
Wie viel Geld hat die Pensionskasse der Stadt St.Gallen über direkte oder indirekte Beteiligungen in Öl, Erdgas oder Kohle investiert?

Falls es fossile Investitionen gibt: Wie hoch wird der Wertverlust bei Einhalten des Klimaziels geschätzt? Wird dieses Risiko in der Anlagepolitik berücksichtigt?

Falls es fossile Investitionen gibt: Wie beurteilt der Stadtrat den Widerspruch zwischen den umweltpolitischen Zielen der Stadt und den fossilen Anlagen der Pensionskasse?

Zur Vereinbarkeit der Investitionenspolitik der Pensionskasse und der städtischen Klimapolitik stellt sich in einem weiteren Zusammenhang ausserdem folgende, durchaus klimarelevante Frage:

Die Stadt St.Gallen hat den schrittweisen Atomausstieg beschlossen. Ist die Stadt St.Galler Pensionskasse direkt oder indirekt an der Produktion von Atomenergie beteiligt?

Falls (1) die Pensionskasse der Stadt St.Gallen tatsächlich Vorsorgegelder in fossile Energien angelegt hat oder (2) um solche Anlagen in Zukunft zu verhindern, wie müssten die gesetzlichen Grundlagen (z.B. das Pensionskassenreglement) geändert werden um eine ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltige Anlage-politik zu gewährleisten?

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Arbeit. Es besteht die Absicht, den Bericht noch im Laufe des Jahres 2017 dem Stadtparlament zu unterbreiten.

Antrag:

-

22 Günstigen Wohnraum erhalten und neu schaffen!

erheblich erklärt am 23. Februar 2016, Fälligkeit 23. Februar 2018

Wir bitten daher den Stadtrat, zu den folgenden Fragen Bericht zu erstatten und gegebenenfalls Antrag zu stellen:

1. In welchem Ausmass will die Stadt auch in Zukunft selber genügend günstige Wohnungen anbieten? Was für eine Strategie verfolgt die Stadt dabei?
2. Wo und in welchem Ausmass wird in nächster Zeit (Zeitraum 10-15 Jahre) günstiger Wohnraum in stadteigenen Liegenschaften abgebrochen oder umgenutzt?
3. Wo und wie ist im erwähnten Zeitraum bei stadteigenem Wohnraum mit jetzt einfachem Ausbaustandard eine Verdichtung vorgesehen? Wird damit günstiger Wohnraum geschaffen oder vernichtet?
4. Was unternimmt die Stadt, um weiterhin genügend Wohnraum, mit einfachem Ausbaustandard und damit günstigem Mietzins selber anbieten zu können?

Stellungnahme:

Zurzeit sind das Liegenschaften-, das Hochbau- und das Stadtplanungsamt an der Bearbeitung dieses Postulatsauftrags. Damit fundierte Aussagen zum Thema des günstigen Wohnraums vorgenommen werden können, bedarf es zunächst einer umfassenden Analyse auf Stadtgebiet. Diese Recherche, der Blick auf die stadteigenen Wohnbauten und die Strategie für die städtischen Wohnliegenschaften werden alsdann vorgenommen. Die gestellten Fragen haben einen

Zusammenhang mit der Wohnraumstrategie, welche zurzeit in der Überarbeitung ist. Dabei gilt es zu beachten, dass die verschiedenen Quartiere unterschiedliche Bedürfnisse und ortsbauliche Strukturen haben und haben werden. Kostengünstiger Wohnungsbau sollte nicht als isoliertes Ziel verfolgt werden, sondern muss in den Kontext zukunftsfähiger Wohnkonzepte und generationenverträglicher Siedlungsformen gestellt werden, welche ungewünschten sozialen Segregationen entgegenwirken. Aus dieser Strategie soll das Zusammenspiel zwischen Erhalt, Sanierung, Abbruch und Neubau/Entwicklung aufgezeigt werden. Die Möglichkeiten der Einflussnahme der Stadt auf die Entwicklung des Wohnbauwesens dürfen jedoch nicht überschätzt werden, handelt es sich doch um einen Investorenmarkt. Gleichwohl sollen auf planerischer Ebene die quartierspezifischen Entwicklungsperspektiven erarbeitet werden, welche der Stadt, aber auch privaten und institutionellen Bauträgern als Orientierung dienen. Als Partnerin in der Projektentwicklung und als Bewilligungsbehörde kann die Stadt Anreize schaffen, die eine gezielte Angebotsentwicklung begünstigen. Als Grundstück- und Liegenschaftenbesitzerin kann sie die Entwicklung der Grundstücke und Liegenschaften massgeblich steuern, entsprechende Partnerschaften suchen und Bedingungen definieren (Baurecht, genossenschaftliche Modelle etc.). Untersuchungen zur günstigen Beschaffung von Wohnraum (Neubau und Bestand) ergänzen die Betrachtungen. Ansätze wie die Reduktion der Wohnfläche, Erhöhung der Flächeneffizienz, Reduktion von Ausrüstung und Materialien und Skaleneffekte sollen für die Stadt St. Gallen diskutiert werden. Hierzu sollen die Forschungsergebnisse des Bundesamtes für Wohnungswesen BWO und der SIA die notwendigen Grundlagen liefern.

Wegen der Komplexität und der vielen Themen, die in diese Fragen hineinspielen, zeigt sich jetzt schon deutlich, dass der Postulatsauftrag nicht bis Februar 2018 erledigt werden kann.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist zur Beantwortung des Postulats um ein Jahr zu verlängern.

23 Umgang mit unternehmerischen Risiken bei der Energiebeschaffung in der sgsw
erheblich erklärt am 22. März 2016, Fälligkeit 22. März 2018

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, über die Tätigkeit der sgsw im Allgemeinen und über die Energiebeschaffung im Besonderen eine Risikoanalyse vorzunehmen und dem Parlament allenfalls entsprechende Anträge zu stellen. Dabei soll insbesondere die Frage beantwortet werden, ob für die Tätigkeit der sgsw hinsichtlich der Risiken das "Kleid" der unselbständigen öffentlich-rechtlichen Unternehmen (noch) angemessen ist.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament 2018 fristgerecht vorgelegt.

Antrag:

-

24 Attraktiver öV für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
erheblich erklärt am 24. Mai 2016, Fälligkeit 24. Mai 2018

Wir ersuchen den Stadtrat zu prüfen, wie eine solche Bevorzugung der einheimischen Bevölkerung innerhalb des Tarifverbundes umgesetzt werden kann.

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament 2018 fristgerecht vorgelegt.

Antrag:

-

25 Deponie Tüfentobel: Zu billig? Zu schnell voll?

erheblich erklärt am 28. Juni 2016, Fälligkeit 28. Juni 2018

Welche Steuerungsinstrumente besitzt die Stadt (allenfalls in Zusammenarbeit mit Kanton/Region)? Der Stadtrat wird eingeladen, zu den folgenden Fragen Stellung zu nehmen und gegebenenfalls Antrag zu stellen:

1. Mit welcher Gebührenordnung liesse sich der Ertrag für die Stadt merkbar erhöhen, z.B. von aktuell 1,5 Mio Fr./Jahr auf 2,5 Mio Fr./Jahr?
2. Wie würde sich eine derartige Gebührenerhöhung auf die Entschädigung der Grundeigentümer auswirken? Mit welchem Recht können diese höhere Entschädigungen verlangen?
3. Wie steht der Stadtrat zum Projekt „optimale Auffüllung“? Wie würde sich die optimale Auffüllung auf die Entschädigung der Grundeigentümer auswirken?

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und wird dem Stadtparlament 2018 fristgerecht vorgelegt.

Antrag:

-

**26 Öffentliche Vergabe - Auswahl und Gewichtung der Kriterien mit Augenmass!
(RK/DBP/DTB)**

erheblich erklärt am 20. September 2016, Fälligkeit 20. September 2018

Der Stadtrat wird eingeladen, zu den folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Wie viele Liefer-/Dienstleistungs- und Bauaufträge vergibt die Stadt St.Gallen pro Jahr (Summen und Anzahl)?
2. Welcher Teil (Anzahl und Vergabepreis) der Arbeiten und Dienstleistungsaufträge wird in der Stadt St.Gallen, welcher Teil im Kanton St.Gallen und ausserkantonale und welcher Teil international, aufgeschlüsselt nach Ländern, vergeben?
3. Welche Kriterien kommen bei der Vergabe von Arbeiten und Dienstleistungen durch die Stadt St.Gallen über alle Direktionen hinweg zur Anwendung? Wie werden diese Kriterien gewichtet? Welche Rolle spielen qualitative und volkswirtschaftliche Kriterien, welche die Lehrlingsausbildung?
4. Wie wird die Einhaltung der Kriterien bei der Ausführung der Arbeiten und der Erbringung der Dienstleistungen kontrolliert und durchgesetzt?
5. Wie bewährt sich die geltende Submissionsgesetzgebung in der Praxis?
6. Welche Möglichkeiten sieht der Stadtrat, dass ortsansässige Gewerbe innerhalb der Richtlinien der VÖB vermehrt einzubeziehen bzw. zu berücksichtigen?
7. Ist der Stadtrat informiert, an wen und welche Arbeiten im freihändigen Verfahren vergeben wurden (Vergaben ab CHF 5'000.00)?

Stellungnahme:

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

Antrag:

-

27 Erlass einer Tempo 30-Zone an der Gerhaldenstrasse
erheblich erklärt am 20. September 2016, Fälligkeit 20. September 2018

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, die Gerhaldenstrasse ins Tempo-30 Gebiet aufzunehmen.

Stellungnahme:
Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

Antrag:
-

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke